

Fast alltäglich – eine Stadt ohne Buchhandlung

geschrieben von Hans Hermann Pöpsel | 17. August 2014

Ennepetal ist eine Stadt mit gut 30.000 Einwohnern am Südrand des Ruhrgebietes, eine mittlere Kleinstadt, viel mittelständische Industrie, ein großes Gymnasium mit 1.400 Schülern, ein privates Theater, drei Talsperren, und als Attraktion die heilklimatische Kluterthöhle. Bis Ende März dieses Jahres hatte Ennepetal auch eine richtige Buchhandlung, gut sortiert und angesehen, doch das ist Vergangenheit.



Das ist
Vergangenheit:
Die
Buchhandlung
in Ennepetal.
(Foto: Hans H.
Pöpsel)

Die Buchhandlung hat am 31. März für immer geschlossen, in ihren Räumen befindet sich seit Anfang Mai der Kinderkleider-Laden des örtlichen Kinderschutzbundes – ein ehrenhaftes und ehrenamtliches Geschäft, aber eben keine Buchhandlung. Deren Inhaberin hatte sich monatelang bemüht, eine Nachfolgerin oder einen Nachfolger zu finden, sie wollte sogar die Einrichtung (fast) verschenken, doch wer in die Bilanz der letzten Jahre geschaut habe, der habe sich schnell abgewandt. Eigentlich eine inzwischen fast alltägliche Entwicklung in deutschen Städten.

Nun muss ich gestehen, dass ich Kunde bei Frau Bäcker war, aber dass ich manchmal – zwar nicht bei amazon – aber bei Weltbild bestellt habe. Das passt in das Bild vom allgemeinen Wehklagen: Jeder trauert dem verschwundenen stationären Buchhandel nach, aber als Kunde ist man nicht konsequent treu geblieben.

Nicht nur lokale Buchhandlungen gehen diesen Weg. Die Geschäfte in den Innenbereichen der Klein- und Mittelstädte bluten langfristig aus, und das haben letztlich stets die Kunden so entschieden. Sie bestellen immer öfter bei Zalando oder amazon, und wenn sie doch einmal „in die Stadt“ gehen, dann um Leute zu treffen, einen Kaffee zu trinken, etwas zu erleben. Diesem Bedürfnis entsprechen nicht alle Städte, und wenn sie es hinbekommen, wie zum Beispiel die Städte Hattingen oder Gevelsberg, dann ist dort auch deutlich mehr Leben zu spüren.

Die Ennepetaler haben zum Glück die beiden etwa gleich großen Nachbarstädte Schwelm und Gevelsberg ganz in ihrer Nähe, und da gibt es immerhin noch fünf Buchhandlungen. Noch.

Vor acht Jahrzehnten in Ennepetal: Schüsse und Verletzte zur Machtübergabe an Hitler

geschrieben von Hans Hermann Pöpsel | 17. August 2014

Am 30. Januar 1933, vor acht Jahrzehnten, machte der alte Soldat und Reichspräsident Hindenburg den Anführer der Nationalsozialisten, Adolf Hitler, zum Reichskanzler.

Hindenburg und seine rechtsnationalen Freunde glaubten, diese Meute im Griff zu haben, doch in Wirklichkeit bedeutete die Machtübergabe den Beginn der schlimmsten Diktatur der europäischen Geschichte.



Hitler und
Hindenburg in
Potsdam.

Im ganzen deutschen Reich wurde noch am Abend des 30. Januar der Machtwechsel mit Fackelzügen gefeiert. Aber auch Gegner der von diesen damals schon so bezeichneten „Hitler-Papen-Diktatur“ waren noch aktiv, wie das Beispiel der kleinen Stadt Ennepetal zeigt. Die „Milspe-Voerder Zeitung“ (MV) berichtete am Nachmittag des 31. Januar 1933: „Heute in aller Frühe zog ein Sprechchor durch die Straßen. Vermutlich handelte es sich um Anhänger einer Linkspartei, die Niederrufe auf die neue Regierung Hitler erklingen ließen.“

Die Lage wurde aber dramatischer, als am 2. Februar auch Schusswaffen ins Spiel kamen. Die MV-Zeitung schrieb am Tag danach: „Eine Prügelei entstand gestern Mittag zwischen politischen Gegnern hinter dem Amtsgebäude, wobei ein Anhänger der NSDAP bedrängt wurde und eine Schusswaffe zog, worauf er von der herbeieilenden Polizei in Schutzhaft genommen wurde. Es sammelte sich eine große Menschenmenge an, doch konnte die Polizei im Verein mit dem alarmierten Schwelmer Überfallkommando die Ordnung aufrechterhalten“.

Nicht berichtet wurde in der Zeitung, was sich in den Akten über schwere Unruhen mit drei Schwerverletzten am Tag nach der Machtübergabe in Gevelsberg und Milspe (heute Ennepetal)

abspielte: Ein Demonstrationzug mit NSDAP-Anhängern sowie SA- und SS-Leuten hatte sich am Abend des 1. Februar von Gevelsberg aus in Bewegung gesetzt und war in Richtung Milspe gezogen. Gegen 22.40 Uhr kam er in Milspe an und wollte nach links in Richtung Voerde abbiegen. Den Schluss bildete eine SA-Gruppe. „Plötzlich fielen drei Schüsse kurz hintereinander“, heißt es im Polizeiprotokoll. „Die Menge stob auseinander. Die Polizeibeamten, und zwar nur zwei, liefen zurück und fanden ein Gewoge auf der Straße, das sie alleine nicht beherrschen konnten.“ Drei Verletzte wurden sofort in eine benachbarte Arztpraxis geschleppt. Weil sich vor Ort nicht habe klären lassen, ob die Schüsse aus dem Zug heraus oder vom Publikum am Straßenrand ausgegangen seien, „konnten irgendwelche Ermittlungsmaßnahmen nicht getroffen werden“, heißt es in den Akten. Jedenfalls wurden der Sozialdemokrat Thomas Drabent, der christliche Arbeiter Karl Grothe und der Kommunist Hermann Schott durch Schüsse schwer verwundet.

Am Tag danach kursierte ein Flugblatt: „Arbeiterblut floss in Milspe! Das ist der Auftakt der Hitler-Papen-Diktatur! Die SA räumt mit der Pistole in der Hand die Straße“. Eine für den Nachmittag angekündigte Demonstration der KPD gegen „die braunen Mordbanden“ wurde von der Polizei jedoch verboten. Die NSDAP erklärte in einem Brief an die Zeitung unter der Überschrift „Kommunistische Mordhetze fordert drei Opfer“, dass „die zaghafte Behandlung dieses ... verführten Untermenschentums ein Ende haben muss.“ Wenige Wochen später wurden die Gemeinderatsmitglieder der KPD und einige Sozialdemokraten verhaftet, die NSDAP sicherte sich auch vor Ort die Macht.

Beispiel Ennepe-Ruhr-Kreis: Wie vor acht Jahrzehnten die erste deutsche Demokratie unterging

geschrieben von Hans Hermann Pöpsel | 17. August 2014

Nun sind schon fast achtzig Jahre vergangen, seit in Deutschland die erste Demokratie gescheitert oder besser verraten worden ist. Was damals, im Winter 1932/33 los war, kann heute fast niemand mehr erzählen. Die damals jungen Menschen sind inzwischen fast alle tot. Aber es gibt ja andere Quellen der Warnung.



Die
Gevelsberger
Einkaufstraße
hieß schon
bald Adolf-
Hitler-Straße.

Die NSDAP und ihre SA fanden nicht nur in den Großstädten immer mehr Anhänger, sondern auch in Kleinstädten wie Gevelsberg im Ennepe-Ruhr-Kreis. Dort war traditionell die linke Arbeiterbewegung stark, der Metallarbeiterverband und die Kommunistische Partei bestimmten zunächst die Politik auf der Straße und in den Gaststätten, bevor die SA auftrat. Im Mai 1931 gab es im Saal Buschmann die erste „Saalschlacht“ zwischen NSDAP- und KPD-Anhängern, und zahlreiche weitere

folgten.

Die Polizei kam meistens zu spät und war dann großen Gefahren ausgesetzt, im Nachbarort Milspe wurde bei einer solchen Gelegenheit ein Teilnehmer erschossen. Auch Brandanschläge auf Parteibüros oder Wohnungen prominenter politischer Gegner häuften sich. Vor allem nach Aufhebung des Uniformverbots im Sommer 1932 durch die im Putsch ausgetauschte preußische Regierung eskalierten die Auseinandersetzungen. Eine NSDAP-Kundgebung mit Dr. Goebbels am 11. Juli 1932 in Hagen zum Beispiel wurde von KPD-Anhängern massiv gestört, genauso wie umgekehrt die KPD-Kundgebung am Tag danach mit Ernst Thälmann in Elberfeld durch die Nationalsozialisten.

Überliefert sind auch Drohbriefe der Nazis gegen demokratische gewählte Bürgermeister wie Konrad Rappold in Gevelsberg. Seine Stadt war, wie die meisten anderen auch, durch die wirtschaftliche Lage in einer schlimmen Situation: 1932 wurden bereits 56 Prozent der Gevelsberger Bevölkerung mit öffentlichen Mitteln unterstützt, vor allem durch Mietbeihilfen. Die KPD im Stadtrat agierte mit populistischen Anträgen und organisierte schließlich, wie in Nachbarstädten auch, einen „Hungermarsch“ mit anschließendem Rathaussturm. Mit dabei waren auch zahlreiche Kinder.

Interessant ist die Entwicklung der „weltlichen Schule“, die auf Druck der Kommunisten im November 1920 wegen der Gesetzeslage an der Mittelstraße errichtet wurde. Ausgerechnet diese allgemeinbildende Schule ohne Religionsunterricht wurde nach und nach von nationalsozialistischen Lehrern „unterwandert“. Obwohl die Lehrer auf die Verfassung vereidigt wurden, würden die Schüler nun gegen die Republik erzogen, erklärte ein Stadtverordneter damals in einem offenen Brief an die Lokalzeitung.

Das alles war wenige Wochen vor dem berüchtigten 30. Januar 1933, an dem der rechtsnationale Reichspräsident Hindenburg den Nationalsozialisten die Macht übergab und Hitler zum

Reichskanzler machte.

Mit der Mark kam die Mode

geschrieben von Hans Hermann Pöpsel | 17. August 2014

Ab und zu sollte man seinen Blick vom Alltag lösen und versuchen, von ferne auf unsere Probleme zu blicken. Das gilt nicht nur räumlich sondern auch zeitlich. Zum Beispiel aus dem Jahre 1950.

Damals war der Krieg gerade fünf Jahre vorbei, die neue Währung gab es seit zwei Jahren, und doch ging es aufwärts. In Gevelsberg fand sogar 1951 schon eine Modenschau statt: „Entzückende modische Neuheiten auf dem Laufsteg“, schrieb die Westfälische Rundschau am nächsten Tag über das Ereignis im hinteren Saal einer Gaststätte. Große und schlanke Frauen zu kleiden, das sei ja kein Kunststück, schreibt der Reporter, aber „wie steht es mit jenen, denen ein Sahneteilchen und eine Tasse Bohnenkaffee wichtiger ist als die tägliche Sorge um die schlanke Linie?“ Das war die eine Seite der Sorgenliste, aber es gab auch größere Probleme. Wer im selben Jahr die Berichte über die Kreistagssitzungen las, der bekam andere Nöte vermittelt. Allein die öffentlichen Fürsorgeaufgaben verschlangen große Teile des Kreisetats. Dazu gehörten die „Krüppelfürsorge“ und die „Hausratshilfe“, Mittel für die auswärtige Unterbringung von Männern in Lehrlingsheimen, die Ausgaben für ein neues „Alten- und Siechenheim“ oder die Fürsorgemaßnahmen für Geschlechtskranke. Auch Erholungsmaßnahmen für Jugendliche finanzierte der Kreis für die zahlreichen Familien, in denen der Vater als Soldat gefallen oder vermisst war.

Es ging aber auch in der Politik teilweise schon optimistisch

zu – allein eine halbe Million D-Mark brachte der Ennepe-Ruhr-Kreis 1951 für den Siedlungsbau auf.

Schöner wohnen, schicke Mode, gut essen – das waren in den Anfangsjahren der Bundesrepublik auch an der Ennepe die erstrebenswerten Ziele der Menschen. Da ging es noch nicht um das schnellste Smart-Phone oder den größten Flachbildschirm. Das sind erst heute unsere Probleme.

Entnazifizierung im Revier: „Darum war ich in der Partei“

geschrieben von Hans Hermann Pöpsel | 17. August 2014

Über die Befreiung des Ruhrgebiets vom Nationalsozialismus durch alliierte Truppen habe ich hier vor einiger Zeit einige Hintergründe dargelegt. Nun soll es um die Entnazifizierung nach 1945 gehen.

Wenn die Amerikaner und ihre Verbündeten eine Stadt oder Gemeinde befreit hatten, dann setzten sie in der Regel sofort einen unbelasteten Bürgermeister ein. Manchmal brachten sie ihn sogar mit. Gleichzeitig hatten sie genaue Vorstellungen über die geplante „Denazification“. Noch vor der Kapitulation der deutschen Wehrmacht hatten die Besatzungsmächte am 25. April dazu eine Direktive erlassen, die vor Ort durch provisorisch eingerichtete Behörden und den Militärkommandanten umgesetzt wurde. In der britischen Zone, zu der auch das Ruhrgebiet gehörte, arbeitete die Besatzungsmacht mit einem Skalensystem von 1 bis 5. Die Kategorien 1 und 2 landeten vor Spruchgerichten. Dazu gehörten insbesondere Angehörige der verbrecherischen NS-Organisationen wie SS, Waffen-SS und des SD. Später kam die Unterscheidung zwischen A und B hinzu, nach welchen Kriterien Entlassungen

aus dem öffentlichen Dienst, aber auch aus „finanziellen Unternehmen“ vorzunehmen seien. Wer unter A fiel, gehörte zu den „zwangsweise zu entlassenden Personen“. Solche Listen gab es wenige Wochen nach Kriegsende auch für Journalisten.

Wie das im Revier praktisch ablief, zeigen die Erlasse des Regierungspräsidenten in Arnsberg. Am 3. Juni 1945 verlangt er, dass sich die noch vorhandenen Mitglieder der Ortsgruppenstäbe der aufgelösten NSDAP „unter Aufsicht zu versammeln“ haben. An Ort und Stelle musste dann eine Liste aller ehemaligen männlichen und weiblichen Mitglieder der NSDAP in der jeweiligen Gemeinde angefertigt werden. Die beteiligten Funktionäre mussten eine eidesstattliche Erklärung abgeben, außerdem waren die Parteimitglieder nach dem Grund ihres Eintritts in die NSDAP zu befragen. Am 15. Juni seien die Listen abzugeben, eine Abschrift erhielt der Militärkommandant, bei wahrheitswidrigen Angaben drohte „strengste Bestrafung“.

Für das damalige Amt Milspe-Voerde – heute das Gebiet der Stadt Ennepetal – sind im Stadtarchiv diese Listen der einzelnen Ortsgruppen, nach Zellen geordnet, erhalten geblieben. Daraus ergibt sich zum einen, wie stark die Bevölkerung mit Funktionären der NSDAP und ihrer Gliederungen durchsetzt war, und zum anderen, wie feige die Menschen nach der Befreiung mit ihrer persönlichen Geschichte umgingen. Als Gründe für den Parteieintritt am häufigsten genannt wurden: Zwang der Behörden, Überredung durch die eigenen Kinder, Übernahme durch den BDM, wegen der Arbeitsstelle, wegen langjähriger Erwerbslosigkeit, Überredung durch die Frauenschaftsleiterin, aus taktischen Gründen (sehr oft genannt), wegen Aufforderung durch den Ortsgruppenleiter, um den Ehemann vor Angriffen seitens der Partei zu schützen, weil man es für einen guten Zweck hielt, um eine sichere Existenz zu bekommen, aus geschäftlichen Gründen, um im Beruf zu bleiben, weil man ohne Wissen übernommen worden sei.

Seltener werden die Gründe genannt, die wahrscheinlich für die

meisten ehemaligen Parteimitglieder eher zutrafen: aus politischer Dummheit (mehrfach genannt), aus Überzeugung (nur wenige Nennungen), weil man Fanatiker war oder einfach „aus Dummheit“.

Einige Befragte machten auch persönliche Angaben: Ein Gastwirt sei nur eingetreten, um eine Konzession zu bekommen, ein anderer war Blockwart und eingetreten, „um meine Familie zu schützen“, ein dritter war körperbehindert und fühlte sich gezwungen, der Partei beizutreten, ein vierter sei „nur auf Anordnung des Dienstvorgesetzten“ beigetreten. Ein Unternehmer schrieb: „Weil ich im Anfang die Sache für gut und ehrlich hielt.“

Wie man sieht, wurde in den meisten Fällen der Parteieintritt als unausweichlich dargestellt. Einige ehemalige NSDAP-Mitglieder versuchten in dieser Befragung sogar, einen angeblichen Austritt zu konstruieren. Ein Unternehmer aus Gevelsberg schrieb, er sei im August 1944 aus der Partei ausgetreten, und das habe er auch in einem Schreiben am 10. Mai 1945 dem Herrn Amtsbürgermeister mitgeteilt. Zu dem Zeitpunkt war das Ruhrgebiet jedoch bereits mehrere Wochen besetzt, und das Deutsche Reich hatte am 8. Mai bedingungslos kapituliert.

Warum sich zahlreiche Sozialdemokraten und Kommunisten, aber auch engagierte Christen dem verbrecherischen Regime widersetzen und dafür Verfolgung und Tod in Kauf nahmen, die meisten Bürger der Hitler-Partei jedoch mit Überzeugung nachrannten, das bleibt ein großes Rätsel. Wenn man den persönlichen Notizen im Ennepetaler Stadtarchiv glaubt, dann waren es überwiegend sehr egoistische Motive – ohne Rücksicht auf die angekündigten Opfer.



Feierstunde zur Gründung
der Stadt Ennepetal 1949